

Verordnung über die Führung des Grundbuchs mit elektronischer Datenverarbeitung

(Vom 31. Oktober 2000)

Der Regierungsrat,

gestützt auf Artikel 250 Absatz 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1911 über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches,¹⁾

beschliesst:

Art. 1

Zweck

Diese Verordnung regelt die Führung des Grundbuchs mit elektronischer Datenverarbeitung im Rahmen der bundesrechtlichen Bestimmungen.

Art. 2

Datensicherheit und Datenschutz

¹ Das Grundbuchamt stellt die Daten des EDV-Grundbuchs durch geeignete technische Vorkehrungen sicher und schützt sie vor Zerstörung sowie vor unberechtigtem Zugriff.

² Der Regierungsrat erlässt ein Konzept über Datensicherheit und Datenschutz.

Art. 3*

Zugriff im Abrufverfahren

¹ Die Ingenieur-Geometer erhalten einen mittelbaren Zugriff auf die Daten des Hauptbuchs. Das Departement für Volkswirtschaft und Inneres (Departement) kann ihnen einen direkten Zugriff gewähren. Der Zugriff bezieht sich auf folgende Daten:

- a. Angaben betreffend Name, Vorname, Geburtsdatum und Adresse der Grundeigentümer;
- b. Wertquoten bei Miteigentum und Stockwerkeigentum;
- c. Dienstbarkeiten mit Stichwort, ohne berechnete Personen;
- d. Anmerkungen, ohne Wertangaben.

² Die kantonalen Verwaltungsstellen, die Gemeinden sowie die Körperschaften und selbstständigen Anstalten des öffentlichen Rechts können auf Daten des Hauptbuchs, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen, höchstens jedoch auf die Daten gemäss Absatz 1 Buchstaben a–d, einen mittelbaren oder direkten Zugriff erhalten, wobei ein entsprechender

¹⁾ GS III B/1/1

Bedürfnisnachweis zu erbringen ist. Über die Art der Zugriffsberechtigung entscheidet das Departement.

³ Bei Missbrauch der vom Grundbuchamt bezogenen Daten kann das Departement das Zugriffsrecht entziehen.

Art. 4

Personendaten

Im Hauptbuch darf nebst den bundesrechtlich vorgesehenen Personendaten auch der Allianzname geführt werden. Weitere Personendaten, die aus den Anmeldungsbelegen hervorgehen, dürfen in einem Hilfsregister elektronisch gespeichert werden.

Art. 5

Aufnahme von Grundstücken

Miteigentumsanteile von Ehegatten sowie Autoabstellplätze im Miteigentum und dergleichen können ohne Verselbstständigung der Anteile ins EDV-Grundbuch aufgenommen werden.

Art. 6

Dienstbarkeiten

Bei der Übernahme der Daten von Dienstbarkeiten ins EDV-Grundbuch werden die Stichwörter den Bedürfnissen der elektronischen Datenverarbeitung angepasst.

Art. 7

Übergang zum EDV-Grundbuch

Der Regierungsrat bewilligt dem Grundbuchamt die Führung des Grundbuchs mit elektronischer Datenverarbeitung, wenn das vom Kanton gewählte EDV-Programm Gewähr für fachgerechte Anwendung des EDV-Grundbuchs sowie Datensicherheit und Datenschutz bietet.

Art. 8

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit der Genehmigung durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement in Kraft.¹⁾

Änderung der Verordnung:

RR 21. März 2006 (SBE)

Art. 3 in Kraft ab Landsgemeinde 2006

¹⁾ Genehmigt vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement am 20. Februar 2001